

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 13. März 2019 / Mercredi matin, 13 mars 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

**65 2018.RRGR.725 Motion 265-2018 Sancar (Bern, Grüne)
Auf Prêles als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende verzichten**

**65 2018.RRGR.725 Motion 265-2018 Sancar (Berne, Les Verts)
Pas de centre de retour pour requérant-e-s d'asile débouté-e-s à Prêles**

Gemeinsame Beratung der Geschäfte 2018.RRGR.708 und 2018.RRGR.725.

Délibération groupée des affaires 2018.RRGR.708 et 2018.RRGR.725.

Fortsetzung

Präsident. Guten Morgen. Wenn alles gut läuft, nehmen wir heute den letzten Tag der Frühlingssession in Angriff, und wenn alle Stricke reissen, werden wir uns morgen Vormittag noch einmal sehen. Es hängt also ganz von Ihrer Redefreudigkeit ab, ob wir heute Abend oder morgen fertig sein werden.

Wir sind gestern bei den Traktanden 64 und 65 verblieben. Wir haben die Fraktionen und die Einzelsprecher gehört, und ich gebe nun dem Regierungsrat das Wort. Ich begrüsse ihn und wünsche ihm einen angenehmen Tag. Sie haben das Wort.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Ich wünsche Ihnen selbstverständlich auch einen schönen Tag und allen Anwesenden hier auch. Ich werde mit meinen Worten ziemlich offen sein. Vielleicht passt das dann nicht allen, aber es war eine intensive, interessante Diskussion gestern Abend. Ich habe die Voten gehört und vor allem auch Eindrücke mitgenommen. Einen Eindruck erhielt ich zumindest gestern in dem ein wenig abendlichen Überschwang nach dem Energieschub in der Pause des Grossen Rates. Es gibt eigentlich eine Lösung für die ganzen Asylprobleme: Man muss Prêles verhindern, und dann wird alles gut. Aber, meine Damen und Herren, so ist es nicht! Viele der Probleme, die gestern erwähnt wurden – Schwarzarbeit, Prostitution, Untertauchen und so weiter – gibt es schon heute, ohne Prêles. Prêles zu verhindern, löst kein einziges Problem. Es schafft einfach zusätzliche Probleme.

Ein zweiter Eindruck – ich erlaube mir das, weil ich erst noch selber Grossrat war: Ich habe manchmal das Gefühl, der Grosse Rat träume ein wenig. Er träumt davon, dass die Regierung mehrere Knöpfe zur Problemlösung hat, die Regierung nun endlich den richtigen Knopf drücken solle, und dann sind diese Probleme gelöst. Nein, die Regierung versucht, ein Problem anzugehen, das die Regierung weder geschaffen noch gesucht hat – ein Problem, für das es auch keine Patentlösung gibt. Der Regierungsrat schlägt Ihnen einen gangbaren Weg in der Asylproblematik vor, die wir nun seit etwa dreissig Jahren haben. In verschiedenen Schritten, mit verschiedenen Debatten und Volksabstimmungen ist man jetzt zu einem System gekommen. Dieses System sieht so aus, dass wir eine Aufteilung haben. Es gibt eine Prüfung. Dann haben wir auf der einen Seite die Leute, die hier bleiben können, die besser integriert werden sollen, und auf der anderen Seite jene Leute, die eben nicht bleiben können, die man schnell wegweisen will, und für die es auch nicht attraktiv sein soll, hier zu bleiben.

Wer nicht bleiben kann, hat einen Wegweisungsentscheid, und diesen erhalten sie vom Staatssekretariat für Migration (SEM). Dieser Wegweisungsentscheid kann gerichtlich überprüft werden, und wenn er rechtskräftig ist, dann ist es am Kanton Bern, diese Leute wegzuweisen. Wir müssen sie wegweisen; das ist die Aufgabe des Kantons Bern. Wenn wir sie wegweisen wollen, macht es auch keinen Sinn, dass wir sie zusammen mit denjenigen unterbringen, die integriert werden sollen. Es macht Sinn, dass man sie getrennt unterbringt. Das ist übrigens auch die Empfehlung der Konferenz

der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Wenn sie zusammen untergebracht werden, dann sehen diejenigen, die gehen müssen, die Integrationsbemühungen bei den anderen. Sie wollen verständlicherweise mitmachen und machen sich falsche Hoffnungen.

Nein, wer einen rechtskräftigen Wegweisungsentscheid hat, wird nicht integriert. Ihm oder ihr soll man auch keine falschen Hoffnungen machen. Man soll sie separat unterbringen und Ja, es soll nicht attraktiv sein. Das ist genau das, was Kantone wie Zürich, St. Gallen, Graubünden oder Solothurn machen, Solothurn – Sie haben es vielleicht gesehen – auf dem Balmberg im Solothurner Jura auf 1000 Metern über Meer. Genau das will der Vorstoss Sancar verhindern. Die Linke will nicht Prêles verhindern. Es geht nicht um Prêles. Die Linke will die Wegweisungen verhindern; es ist egal wo; und es wird auch gegen jeden Standort eine entsprechende Motion geben. Es ist ein anderes Weltbild: Sie wollen möglichst viele Leute integrieren. Sie wollen keine Trennung von denen, die bleiben können und denen, die gehen müssen. Die Linke will auch keine Anwesenheitspflicht in den Asylzentren. Der Vorstoss, ihnen gleichwohl die Sozialhilfe nachzuzahlen, auch wenn sie vielleicht zwei Wochen weg waren, wurde zurückgezogen. Aber dieser Vorstoss wird dann wieder eingereicht werden. Er wurde jetzt offensichtlich aus taktischen Gründen zurückgezogen.

Die Frage, die sich stellt, ist: Will der Grosse Rat tatsächlich die neue Asylpolitik verhindern, die schweizweit gilt, um die man lange gerungen und über die es schliesslich Volksabstimmungen gegeben hat? – Der Regierungsrat will dies nicht verhindern. Der Regierungsrat schlägt Prêles als Standort vor, und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens gibt es dort ein Gebäude, das zur Verfügung steht, das dem Kanton gehört. Zweitens ist das Gebäude geeignet; man muss relativ wenig machen. Die Kosten liegen unter 1 Mio. Franken. Es ist eine relativ kostengünstige Lösung. Es gibt keine Lösung, die gratis ist. Drittens: Prêles ist gross genug, sodass es Rückzugsmöglichkeiten bietet. 100 Personen von denjenigen, die wir eruiert haben, die einen Wegweisungsentscheid haben, sind Familienfrauen mit Kindern. Es werden nicht nur junge Männer dort oben sein. Und gerade für Familien ist es wichtig, dass sie eine Rückzugsmöglichkeit haben, und das bietet dieser Standort eben. Andere Standorte bieten das nicht. Es ist deutlich besser als andere Zentren, und es wird dort auch eine Schule für die schulpflichtigen Kinder geben.

Ich kann nachvollziehen, dass lokale Politiker das nicht wollen. Aber es löst kein Problem. Das ist das Prinzip des Sankt Florian: Verschont mein Haus, zündet andere Häuser an. Und die gleichen Diskussionen wird man natürlich an anderen Standorten auch haben. Es ist übrigens interessant, ich habe einen Vorstoss von Frau Grossrätin Graber aus dem Jahr 2016 hier. Der Titel ist «Quo vadis, Jugendheim Prêles?» (1 005-2016), und dort steht im Vorstoss selbst: «Mehrere Personen aus der betroffenen Region, die die im Jugendheim getätigten Investitionen möglichst schützen möchten bzw. von humanistischen Gefühlen getrieben werden, schlagen für den Fall, dass die Einrichtung» – damals noch das Jugendheim – «geschlossen wird, vor, dass die Gebäude des bisherigen Jugendheims als Asylunterkunft genutzt werden.» Dies aus dem Vorstoss von 2016.

Was ich auch gehört habe, sind weitere alte Geschichten zum Jugendheim. Es wurde gesagt, die POM wolle jetzt dort eine Scharte auswetzen. Ich kann Ihnen sagen, ich bin davon relativ unberührt. Ich muss keine Scharte auswetzen, und auch die Regierung muss keine Scharte auswetzen. Aber der Regierungsrat will helfen, das Problem zu lösen, nämlich die Unterbringung von Leuten mit einer rechtskräftigen Wegweisungsentscheidung. Ich sage nicht, es stimme nicht, was betreffend das Jugendheim gesagt wurde. Aber es hilft nichts, es trägt nichts zur Problemlösung bei. Und mit einem Märchen möchte ich hier gerne auch noch aufräumen; es wurde leider auch hier in der Debatte wieder bemüht. In Prêles wird niemand interniert. Es wird niemand eingesperrt, und es wird niemand festgehalten. Es wird auch nichts verbarrikadiert. Dort werden Nothilfe und gezielte Rückkehrberatung angeboten. Und vielleicht muss ich hier trotzdem auch einmal etwas deutlicher werden. Wir sprechen hier von Leuten, von denen wir nicht gesagt haben, dass sie in die Schweiz kommen müssen. Sie haben keine Einladung erhalten; vielfach sind sie illegal eingereist, haben die Pässe versteckt und so weiter. Und sie machen uns grosse Probleme und kosten die Schweizer Bevölkerung ein Heidengeld. Darum macht man die Triage, die sinnvoll ist, damit eben diejenigen hierbleiben können, die wirklich verfolgt werden, die wirklich Probleme haben. Dann soll man diese auch integrieren. Dann sollen sie sich hier schnell bekannt machen können, Kenntnisse erwerben und so weiter. Aber es gibt andere, die haben keine Probleme oder nicht die Probleme, die eben nötig sind, solche die nicht verfolgt sind, die Wirtschaftsflüchtlinge sind – so sehr das nachvollziehbar ist. Und dann gibt es noch Leute, die das System ausnützen wollen. Diese Triage macht das SEM. Es sind nicht irgendwelche Amateure, lieber Grossrat Ruedi Löffel. Wenn ein Gesuch wegen technischer Gründe nicht möglich ist, muss man sich nicht zu viele Illusionen machen. Das Gesuch macht man genau gleich auch vonseiten des SEM. Zudem wissen die Leute vom SEM, in welchen

Ländern es technische Probleme gibt. Das wird beim ersten Gesuch schon berücksichtigt. Man kann nachher noch einmal ein Gesuch stellen, aber die Wahrscheinlichkeit, die Chance ist sehr klein – leider, je nach Sicht. Da muss man sich keine Illusionen machen.

Vielleicht noch ein paar Informationen zur Frage der technischen Gründe. Zurzeit ist für die meisten Länder eine freiwillige Rückkehr möglich. Es gibt also praktisch bei keinem Land absolute Hindernisse, auch wenn kein Rückübernahmeabkommen besteht und keine zwangsweise Ausschaffung möglich ist. Die technischen Gründe, die zur Unmöglichkeit des Vollzugs einer Wegweisung führen können, existieren in der Praxis fast nie. Schulbeispiel war die Situation im Jahr 1995 in Jugoslawien. Jugoslawien liess Ausschaffungen nur zu, wenn sie mit der den Jat Airways erfolgte. Die Fluggesellschaft JAT hatte aber in ganz Europa ein Landeverbot. Das machte die Ausschaffung technisch unmöglich. Demzufolge erhielten viele in die Schweiz migrierte jugoslawische Staatsangehörige eine vorläufige Aufnahme. Eine analoge Situation existiert momentan wieder mit Somalia, Eritrea, Äthiopien und Algerien. Dort liegt die Problematik in der fehlenden Kooperation der Staaten im Bereich der zwangsweisen Rückführungen. Aber das sind keine technischen Gründe. In diesem Zusammenhang vielleicht noch etwas zu einer Frage, die Grossrat Jost gestellt hat: Sobald eine vorläufige Aufnahme verfügt werden kann, gibt es keine Nothilfe mehr, und dann sind die Leute auch nicht mehr in Rückführungszentren. Aber wie gesagt, die Chancen, dass das SEM dem in einem zweiten Anlauf zustimmt, sind relativ klein. Da muss man sich nicht zu viele Illusionen machen.

Ich habe vorhin verschiedene Gründe aufgezählt, die für den Standort Prêles sprechen. Aber es ist richtig, viele Fragen sind noch offen. Deshalb haben wir bis jetzt auch nicht informiert. Zu gewissen Fragen kommen die Ergebnisse nächstens; dann werden wir darüber informieren. Es hat aber vorher wenig Sinn gemacht, zu informieren, um dann bei vielen Fragen zu sagen, wir wüssten es noch nicht. Wir haben deswegen aber auch die Eröffnung immer wieder nach hinten verschoben. Andere Fragen kann man gar nicht klären. Wie viele Insassen werden wir beispielsweise im Jahr 2020 haben? Wir wissen es nicht, das ist richtig, lieber Grossrat Löffel. Nur, in Zürich wissen sie es auch nicht, auch im Graubünden und in Solothurn wissen sie es nicht. Man muss von Annahmen ausgehen, das wurde von Grossrat Grimm gesagt. Grössenordnung: Die Hälfte wird etwa in einem solchen Zentrum sein. Es gibt ein Teil in der Schwarzarbeit, ein Teil ist bei Dritten, ein Teil reist aus – genauso wie heute auch. Wenn Sie Prêles verhindern, ändern Sie gar nichts daran. Ich sage Ihnen nun ganz offen, wovon ich persönlich ausgehe, und ich kläre noch Fragen im Bereich der Baubewilligungsverfahren. Es ist gut möglich, dass wir in Prêles mit einem deutlich reduzierten Bestand beginnen werden und dass dieser Bestand noch während Jahren klein bleiben wird – in einer ähnlichen Grössenordnung wie vorher im Jugendheim. Aber es ist wichtig, dass wir die Möglichkeit haben, dort überhaupt Leute unterzubringen, und dass uns dies nicht verbaut wird.

Grossrat Stähli hat gesagt, er sei gegen Prêles; es gebe gut integrierte Leute, und diese müssten nun weg. Das ist genau das, was wir mit dem neuen System in Zukunft eben verhindern wollen, damit diejenigen, die bleiben können, integriert werden, aber die anderen eben nicht. Und einmal muss man beginnen. Einzelschicksale lassen sich wahrscheinlich nicht verhindern. Ich kenne persönlich selbst einen Fall einer Familie mit einer Tochter, die in einem halben Jahr Berndeutsch gesprochen hat. Sie kooperieren auch gut, aber sie müssen gehen. Und es ist so: Das bricht einem fast das Herz. Aber offenbar hat man bei der Prüfung einfach festgestellt, dass die Flüchtlingsgründe ungenügend sind. Und dann gibt es andere, die nur profitieren und das System ausnützen, und diese können bleiben. Aber die Zuständigkeiten sind klar, meine Damen und Herren. Sie sind beim SEM und bei den Gerichten, und es ist wahrscheinlich gut, dass diese Zuständigkeiten klar sind.

Der Regierungsrat bittet Sie, keine Optionen zu verbauen, nicht etwas ablehnen, bevor es überhaupt schon losgeht. Er bittet Sie, die neue Asylpolitik mit mehr und besserem Integrieren einerseits, aber auch einem besseren, klareren Wegweisen andererseits zu stützen. Die Empfehlung der SODK lautet ebenfalls, dass man getrennte Unterkünfte hat. Der Regierungsrat bittet Sie, auch dem zu folgen, und er bitte Sie, die Motion Sançar abzulehnen.

Bei der Motion Graber geht es um die Punkte Kosten, Wasserversorgung und Sicherheit. Die Regierung wird sicherstellen, dass die Kosten unter 1 Mio. Franken liegen, dass die Wasserversorgung funktionieren wird und dass die Sicherheit garantiert ist. Man kann diesem Punkt problemlos zustimmen. Die Regierung empfiehlt Ihnen, die Punkte 2 und 3 als Folge daraus abzulehnen. Ich kann Ihnen vielleicht noch eine persönliche Bemerkung dazu anbringen: Die Welt geht nicht unter, wenn Sie diese Punkte auch annehmen. Ich denke, damit wäre auch den Anforderungen der lokalen Leute dort Genüge getan. Also: Die Motion Graber ist kein Problem, aber lehnen Sie bitte die Motion Sançar ab. Danke.

Präsident. Grossrat Löffel hat sich eingetragen. Ich frage ihn, ob es nicht möglich wäre, dies bilateral zu regeln. Ich habe nicht das Gefühl, dass es ein grosser Angriff war, oder was hat ihn an der Aussage des Regierungsrates gestört? – Ja, wenn man angesprochen wird – auch Grossrat Stähli wurde nicht zwingend so angesprochen, dass das irgendeine Replik hier vorne rechtfertigen würde. Gut, das können Sie auch bilateral machen. Wenn wir alles aufrollen wollen, was gestern gesagt worden ist, dann werden wir die nächsten eineinhalb Stunden weiter debattieren. (*Unruhe / Agitation dans la salle*) Gut, Grossrat Löffel, Sie können eine kurze Erklärung zum Angriff gegen Sie abgeben. Danach kommen die Motionäre an die Reihe, und dann stimmen wir ab.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) ist klar, Herr Vorsitzender. Ich will mich einfach gegen die Aussage wehren, ich hätte dem SEM gestern Amateurhaftigkeit unterstellt. Das habe ich in keiner Art und Weise getan. Ich stelle aber fest, dass es seitens der POM amateurhaft ist, wenn man nicht weiss, wie viele Leute man ausweisen soll, die man aber nicht ausweisen kann. Wenn ich diese Zahl nicht hätte, würde ich langsam damit beginnen, diese Zahl feststellen zu versuchen. Danke.

Präsident. Ich gebe vorab für die erste Motion Grossrat Sancar das Wort.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Danke für die sachliche und engagierte Diskussion von gestern. Wir, viele Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Parteien, machen uns Sorgen, dass der Kanton mit Prêles als Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylsuchende wieder ein Verlustgeschäft eingeht und dass Betroffene als Sans-Papier untertauchen und sich in einer noch prekäreren Lage wiederfinden. Wir haben in Prêles 38 Mio. Franken investiert, und das Gebäude steht leer. Als GPK-Mitglied habe ich mich mit Prêles auseinandergesetzt und kenne die Situation. Darum bringe ich hier einige Gedanken, die für Prêles genutzt werden könnten. Erstens: Das angenommene Postulat von Roland Benoit muss ausgeführt werden. Es verlangt die Umsiedlung der Justizvollzugsstelle nach Prêles, um dort die Haftplätze der Regionalgefängnisse Biel und Moutier im Verwaltungskreis Berner Jura einzurichten. Zweitens: In der Justizvollzugsstrategie 2017–2032 des Kantons Bern wird festgehalten, dass der Kanton Bern zusätzliche Vollzugsplätze benötigt. In einer Interpellation von mir mit Fritz Ruchti und Marianne Schenk (*I 213-2017*) stellten wir Fragen betreffend Ausbildungsplätze in den Gefängnissen. Mit der Antwort des Regierungsrates war ich nicht zufrieden, ich grübelte aber nicht weiter. Nun habe ich aber indirekte Informationen, dass es in Thorberg nicht genügend geeignete Ausbildungsplätze für Häftlinge gibt. Mein Vorschlag wäre also – auch als Vorstoss gemeinsam mit weiteren Ratskollegen und -kolleginnen –, in Prêles ein halboffenes Gefängnis als Ausbildungsinstitution für Häftlinge einzurichten, deren Freilassung absehbar ist. Prêles hat die geeignete Infrastruktur dafür. So können Häftlinge ausgebildet und resozialisiert werden. Bildung ist die wertvollste Prävention und sinnvollste Integrationsmassnahme. Eine solche Investition lohnt sich mehrfach, und die Region hätte wieder Arbeitsplätze.

Drittens: Ich schlage einen Workshop mit der zuständigen Exekutive, der Verwaltung und interessierten Ratsmitgliedern vor, um Ideen für die Nutzung von Prêles zu entwickeln. Es darf nicht sein, dass wir in vielen Bereichen in der Champions League spielen, bei Prêles aber Daumen drehen. Ich bitte darum, punktweise abzustimmen und danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident. Ich gebe Grossrätin Graber als zweite Motionärin das Wort.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). Je suis reconnaissante que les bouchons à l'entrée de Berne m'aient empêché de parler avant notre conseiller d'Etat. J'aimerais rectifier un point qui a été mentionné dans son discours. Dans mon interpellation de 2016, intitulée « Prêles – quo vadis ? » (*I 005-2016*), j'ai simplement évoqué le fait que la piste d'un centre pour requérants d'asile était déjà évoquée à l'époque. Cela en raison de la nature des infrastructures de l'ancien foyer d'éducation, qui pouvait se prêter à une telle reconversion. Comme dans plusieurs autres de mes interventions, j'ai simplement souhaité que toute la lumière soit faite à ce sujet. Il ne s'agissait ni d'un souhait ni d'une proposition. Je souhaite maintenant revenir au débat de hier. J'ai de la sympathie pour la personne de Maurane Riesen, mais je déplore vivement son absence totale de considération pour les préoccupations sécuritaires de la population du Plateau de Diesse. Ces préoccupations se sont manifestées notamment au travers d'une pétition signée par plus de mille per-

sonnes dans une région qui compte environ 2300 à 2400 habitants. C'est une proportion importante de la population de la région et je peux vous garantir que ce ne sont pas seulement des UDC qui ont signé cette pétition mais également des personnes du centre, de la droite en général et même de la gauche. Il y a même des Verts qui ont signé cette pétition. Maintenant, c'est vrai que je représente particulièrement la population du Plateau de Diesse. Mais le droit à la sécurité, chers collègues, il est valable pour toutes les populations et pour toutes les personnes. Hier, on a parlé du droit de manifester. C'est clair que c'est un droit important, mais je n'aime pas qu'on s'amuse avec le droit à la sécurité. Ensuite, s'agissant de certaines considérations générales qui ont été émises par des partisans de la motion Sancar. Vous savez ce que je vais voter, je vous l'ai dit hier. Mais je les trouve franchement renversantes. Prétendre, par exemple, que pour un requérant d'asile débouté qui doit se rendre sur le Plateau de Diesse, cela pourrait représenter un choc psychologique profond, suscitant une sur-sollicitation des urgences psychiatriques avec une augmentation des coûts de la santé – mais franchement, restons un peu sérieux ! Finalement, s'agissant d'une certaine image qui peut parfois être donnée de la droite, j'aimerais quand-même dire qu'à titre personnel, dans ma profession, je travaille avec beaucoup d'étrangers. J'enseigne à environ 200 élèves, dans plusieurs classes, il y a plus de 50 pourcent de personnes d'origine étrangère. J'ai toujours traité les personnes d'origine étrangère à l'égale des personnes d'origine suisse et cela a même été souligné à plusieurs reprises par nombre de mes élèves. *(Madame Graber ajoute encore une phrase en allemand après s'avoir éloignée du pupitre. / Grossrätin Graber fügt noch einen Satz auf Deutsch hinzu, nachdem sie sich bereits vom Rednerpult entfernt hat.)* Ich habe etwas vergessen: Punkt 2 und 3 meiner Motion wandle ich in ein Postulat. Entschuldigung.

Präsident. Grossrätin Riesen wurde direkt angesprochen. Sie erhält noch einmal das Wort.

Maurane Riesen, Sonceboz-Sombeval (PSA). Je ne veux pas prolonger, je veux simplement dire que les préoccupations de sécurité sont aussi importantes pour moi. Je ne suis pas en train de dire qu'il ne faut pas y faire attention. Mais je fais confiance au gouvernement que cet aspect sera bien tenu en compte, si jamais on choisit Prêles. L'autre aspect que j'ai trouvé un peu limitant dans la proposition, qui regroupait plusieurs points – et c'est parce que je n'étais pas complètement d'accord sur certains de ces points que j'ai dit ce que j'ai dit hier : c'est de fixer une limite d'un million de francs, qui n'est pas limitée dans le temps, et on ne sait pas, finalement, quels seront les besoins de la situation. Je trouve que cette limite sort un peu de nulle part. Il faut essayer de limiter les coûts, c'est sûr, mais de fixer un chiffre d'un million alors qu'on n'a aucune idée de la situation, je trouvais cela pas très cohérent.

Präsident. Wir kommen zu den Abstimmungen, zuerst betreffend die Motion Sancar, Traktandum 65. Wir stimmen punktweise ab. Wer den Punkt 1 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.725; Motion 265-2018; Ziff. 1)
Vote (Affaire 2018.RRGR.725 ; motion 265-2018 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 80

Nein / Non 73

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Punkt 1 dieser Motion angenommen, mit 80 Ja- gegen 73 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wer den Punkt 2 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.725; Motion 265-2018; Ziff. 2)

Vote (Affaire 2018.RRGR.725 ; motion 265-2018 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 43

Nein / Non 109

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben den Punkt 2 dieser Motion abgelehnt, mit 43 Ja- gegen 109 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Motion unter dem Traktandum 64 und stimmen auch darüber punktweise ab: Punkt 1 als Motion, die Punkte 2 und 3 als Postulat. Wir stimmen jetzt über das Traktandum 64, Punkt 1 als Motion ab. (*Dem Präsidenten wird mitgeteilt, dass die Abstimmung obsolet sei. / On informe le président que le vote serait obsolète.*) Somit hat Grossrätin Graber den Punkt 1 zurückgezogen. Vielen Dank. Der Vorsitzende muss über sämtliche Punkte abstimmen lassen, die vorliegen, es sei denn, der Urheber ziehe den einen oder anderen Punkt zurück, wenn er obsolet wird. Sonst gibt es hier vorne einen Verfahrensfehler.

Wir stimmen nun über den Punkt 2 der Motion Graber als Postulat ab. Wer den Punkt 2 als Postulat überweisen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.708 ; Motion 252-2018; Ziff. 2 als Postulat)

Vote (Affaire 2018.RRGR.708 ; motion 252-2018 ; ch. 2 adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 112

Nein / Non 39

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Punkt 2 als Postulat angenommen, mit 112 Ja- gegen 39 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wer den Punkt 3 als Postulat überweisen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.708 ; Motion 252-2018; Ziff. 3 als Postulat)

Vote (Affaire 2018.RRGR.708 ; motion 252-2018 ; ch. 3 adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 77

Nein / Non 75

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben den Punkt 3 als Postulat angenommen, mit 77 Ja- gegen 75 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.